

Butkevych: Von der Gefangenschaft zum Kämpfer für Menschenrechte!

Maksym Butkevych, ukrainischer Menschenrechtsaktivist, spricht über seine Zeit in russischer Gefangenschaft und den Ukraine-Konflikt.

Berlin, Deutschland - Am 10. März 2025 teilte der ukrainische Journalist und Menschenrechtsaktivist Maksym Butkevych seine Erfahrungen nach über zwei Jahren in russischer Gefangenschaft. Im Oktober 2024 wurde er im Rahmen eines Gefangenen austauschs freigelassen. Am 5. März 2025 sprach Butkevych bei einer Veranstaltung in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die vom Kompetenzverbund für Interdisziplinäre Ukrainestudien (KIU) und dem Zentrum Liberale Moderne organisiert wurde. Während dieser Veranstaltung diskutierte er den Kampf der Ukraine für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte, sowie die Zukunft Europas.

Der 47-jährige Butkevych, der in Kyjiw und Sussex Philosophie und Anthropologie studierte, arbeitete unter anderem für den BBC World Service und gründete verschiedene Menschenrechtsorganisationen, darunter ZMINA und das No Borders Project. Er trat als Freiwilliger den ukrainischen Streitkräften bei, als die Russen im Februar 2022 die Ukraine angriffen. Sechs Monate später geriet er in kriegerische Gefangenschaft und wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt, ein Urteil, das in einem Scheinprozess in Luhansk gefällt wurde.

Der Krieg und seine Prinzipien

Butkevych reflektierte über die Entmenschlichung, die im Krieg stattfindet, und plädierte in seinem Vortrag gegen die Verwechslung von Gerechtigkeit mit Rache. Er äußerte, dass Ignorieren von Verbrechen, die nur durch Gewalt verhindert werden können, ihn zum Komplizen machen würde. In einem Gespräch mit der **taz** erklärte er, dass er den aktuellen Krieg als ungerecht beurteile und als eine Bedrohung für das internationale Sicherheitssystem ansehe. Er betont, dass die internationale Gemeinschaft bereits 2014 nicht angemessen auf die Annexion der Krim reagiert hat, was zu den aktuellen Konflikten bezüglich des Krieges führte.

Butkevych sieht in der Gewalt nicht nur eine Form der Zerstörung, sondern auch als Manipulation. Er fordert echte Sicherheitsgarantien für die Ukraine und betont die Notwendigkeit internationaler Unterstützung. Diese Unterstützung wird besonders dringend gesehen, wenn man bedenkt, dass der Krieg zu massiven Menschenrechtsverletzungen geführt hat, darunter Folter, willkürliche Hinrichtungen und Angriffe auf die Zivilbevölkerung.

Engagement für Menschenrechte

Nach seiner Freilassung verbrachte Butkevych die ersten vier Wochen in einem Rehabilitationszentrum. Er hat Anspruch auf 30 Tage Urlaub, in denen er entscheiden muss, ob er in den aktiven Dienst zurückkehren oder den Demobilisierungsprozess einleiten möchte. Trotz seiner Entlassung plant er, sich weiterhin für die Befreiung von Kriegsgefangenen und zivilen Gefangenen einzusetzen und möchte ein System zur Rehabilitation ehemaliger Gefangener und Soldaten etablieren.

Er äußerte sich kritisch zu deutschen Stimmen, die mehr Verständnis für die russische Seite plädieren. Butkevych, dessen antiautoritäre und anarchistische Überzeugungen ihn in Antikriegsbewegungen prägten, bezeichnet sich als Friedensaktivist. Dies spiegelt sich auch in seiner Forderung wider, dass Staaten, die am Krieg beteiligt sind, für

Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden müssen und Wiedergutmachung leisten sollten. Die internationale Gemeinschaft hat die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen als wichtiges Anliegen erkannt.

Der Krieg in der Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, hat zu unvorstellbarem Leid und Zerstörung geführt.

Organisationsberichte über Menschenrechtsverletzungen unter russischer Besatzung verdeutlichen die Dringlichkeit internationaler Unterstützung für die Ukraine. Butkevych hofft auf ein starkes politisches Bekenntnis und finanzielle Unterstützung, um die Solidarität aufrechtzuerhalten. So könnte die Schaffung eines UN-Sondertribunals ein starkes Zeichen für die Verteidigung der Menschenrechte setzen und die Ahndung von Kriegsverbrechen vorantreiben, wie auch das **Institut für Menschenrechte** betont.

Details	
Vorfall	Kriegsgefangenschaft
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.europa-uni.de• taz.de• www.institut-fuer-menschenrechte.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de